LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1524
15. 04. 1997

Antrag

der Fraktionen der SPD und F.D.P.

Umstrukturierungshilfen für Kur- und Bäderstandorte in Rheinland-Pfalz

Der Landtag stellt fest:

Die geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung im Gesundheitswesen haben auch in Rheinland-Pfalz zu erheblichen Veränderungen bei der Leistungspalette der Krankenkassen und Rentenversicherung bei Kuren und Rehabilitationen geführt. Während der Umsatz im stationären Kurbereich im Jahre 1995 zusammen mit Kurformen wie ambulante Kuren, Mütter- und Kinderkuren sowie Kompaktkuren rund 850 Mio. DM betrug, erwartet der Fremdenverkehrs- und Heilbäderverband Rheinland-Pfalz aktuell Umsatzverluste von jährlich 250 Mio. DM. Das entspricht einem Wegfall von rund 2 000 Vollarbeitsplätzen im Kurbereich und von mindestens rund 800 bis 1 000 weiteren Arbeitsplätzen in zuarbeitenden Branchen.

Ein nicht geringer Teil dieser Entwicklung ist fehlender unzureichender Informationen an die Bürger zuzuschreiben. Ansprüche, die nach dem Gesetz (noch) bestehen, werden seitens der Krankenversicherten nicht wahrgenommen.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Zur Milderung der gegenwärtigen Situation und zur Neustrukturierung des Bäderwesens in Rheinland-Pfalz ist bei der Erstellung des Landeskrankenhausplans zu prüfen, ob die schwierige Situation der Kur- und Bädereinrichtungen, insbesondere bei der notwendigen Ausweisung von Betten der geriatrischen Rehabilitation, berücksichtigt werden kann.

2. Initiativanträge im Bundesrat zu unterstützen, die das Ziel verfolgen, medizinisch notwendige Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Vorsorge und der Rehabilitation, finanziell zu ermöglichen.

3. Eine Aktions- und Werbekampagne des Fremdenverkehrs- und Heilbäderverbandes Rheinland-Pfalz und der Deutschen Zentrale Tourismus e. V. und ihren Auslandsvertretungen zur Stärkung des Kur- und Reha-Standortes mit Landesmitteln zu unterstützen.

4. Mit den Kostenträgern zusammen die Information der Versicherten zu verbessern, um damit zu einer verbesserten Begutachtungs- und Genehmigungspraxis, insbesondere bei Mütter- und Kinderkuren beizutragen, und um dadurch die Notwendigkeit und Bedeutung präventiver und rehabilitativer Maßnahmen wieder herzustellen.

Für die Fraktion der SPD:
Karl Peter Bruch

Für die Fraktion der F.D.P.:
Hans-Artur Bauckhage

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 22. April 1997